

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 – Konsequenzen aus
Vodafone-Absichten ziehen

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 272.04 / 25.08.2004

Steuerschlupflöcher schließen und Subventionen abzubauen

Unseren ursprünglichen Antrag hatten wir als Dringlichkeitsantrag noch vor der Sommerpause im Landtag diskutiert und wollten ihn verabschieden. Aber die Opposition im Landtag sah keine Notwendigkeit, der Dringlichkeit zuzustimmen, obwohl sich gerade auch CDU-Bundestagsabgeordnete zuvor öffentlich lautstark über das Verhalten von Vodafone empört hatten.

Nun bieten wir CDU und FDP mit unserem heutigen Antrag noch einmal die Möglichkeit, gemeinsam mit uns eine gerechte Steuerpolitik anzunehmen - brauchen wir doch diese Gemeinsamkeit auch im Bundesrat, um Steuerschlupflöcher zu schließen und Subventionen abzubauen.

Zu Recht war die Empörung groß, als im Juni bekannt wurde, dass die Firma Vodafone versucht, vier Jahre nach der „feindlichen Übernahme“ des großen Mannesmann-Konzerns im Jahr 2000, nun in der Steuererklärung 2001 einen Buchverlust von 50 Mrd. Euro abzuschreiben. Damit würde der Konzern für Jahre keine Steuern zahlen, auch wenn er Gewinne macht, und dem Staat gingen ca. 20 Mrd. Euro verloren.

Es kann nicht Aufgabe der SteuerzahlerInnen sein, Verluste aus „Übernahmeschlachten“ auszugleichen, zumal nur einige Wenige an diesen „Schlachten“ erheblich verdienen, während die Lasten durch Steuerausfälle auf alle BürgerInnen verteilt werden.

Kurs hochtreiben ist leicht, hinterher fällt er aber natürlich wieder ab. Hohe Abfindungen an Manager und ein Wertverlust von 50 Mrd. Euro in den Büchern waren in diesem Fall die Folge. Das Finanzamt muss nun prüfen, ob es sich um einen Missbrauch steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten handelt.

In jedem Fall macht der Fall Vodafone deutlich, wie undurchschaubar die Steuergesetzgebung in Deutschland noch immer ist. Finanzämter, Gerichte und SteuerberaterInnen haben viel zu tun, immer geschickter rechnen sich Konzerne trotz hoher Gewinne künstlich arm.

Unter den Folgen, dass Bund, Länder und Gemeinden selbst ihre dringendsten Aufgaben nicht mehr erfüllen können, leiden vor allem diejenigen BürgerInnen, die sich monatlich solidarisch an den Steuereinnahmen des Staates beteiligen. 1970 kam noch 27 Prozent des Steueraufkommens aus der Besteuerung von Gewinnen und Vermögen, heute sind es nur noch 14 Prozent.

Nun muss das Finanzamt Düsseldorf prüfen, ob es sich bei Vodafone nachweisbar um eine „Wertminderung von kurzer Dauer“ handelt, die Dank der rot-grünen Bundesregierung seit 1999 nicht mehr geltend gemacht werden kann. Ich erkenne ausdrücklich an, dass die Bundesregierung mit dieser „Einschränkung der Wertminderung“ für mehr Gerechtigkeit im Steuerrecht gesorgt hat.

Eine weitere Verschärfung für die Verlustverrechnung aus Beteiligungen erfolgte 2002 – weshalb Vodafone versucht, den Verlust komplett für 2001 geltend zu machen. Auch gibt es seit 2004 eine Mindestbesteuerung: Nur noch 60 Prozent des Gewinnes dürfen mit Verlusten verrechnet werden (soweit er eine Mio. Euro übersteigt).

Die beschlossenen Steuerrechtsänderungen scheinen zu greifen das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer ist seit langem endlich wieder angestiegen.

Mit unserem Antrag unterstützen wir die Bundesregierung bei ihrer Absicht, weitere Gerechtigkeitlücken in der Steuergesetzgebung zu schließen, damit sich Großkonzerne nicht länger aus der Solidarität aller Steuerzahler verabschieden können.

Eine Möglichkeit wäre, die Mindestbesteuerung weiter hoch zu setzen, so, dass zukünftig nicht nur 40 Prozent, sondern mindestens 50 Prozent der Gewinne versteuert werden müssen.

Mit dem heutigen Antrag unterstützen wir auch die Landesregierung bei ihrer Initiative, sich im Bundesrat für eine gerechte Besteuerung und für den Abbau steuerlicher Subventionen einzusetzen.
